

Jürgen Oelkers

Demokratie, Öffentlichkeit und Bildung: Ein Blick in die Zukunft *)

Der Schwyzer Pfarrer Konrad Tanner,¹ Lehrer, Bibliothekar und später Abt des Klosters Einsiedeln, hat 1787 wohl als erster deutschsprachiger Autor eine Erziehung für die Demokratie konzipiert.² Grundlage war Montesquiueus Unterscheidung der drei Regierungsformen, die von Tanner pädagogisch näher qualifiziert wurden (Fuchs 2015, S. 65-68). Tanner ging davon aus, dass für die Demokratie eine *bessere* Erziehung notwendig sei als für jede andere Regierungsform. Der freie Bürger kann nicht einfach über seinen Kopf hinweg regiert werden, sondern nimmt „an der Regierung selbst Antheil“.

Das Wohl des Staates hängt von der Bildung seiner Bürger ab, der Bürger „ist selbst Beherrscher und Gebieter“, er wählt und stimmt ab, in diesen Sinne ist er „der Richter jedes Theiles der Republik und des Ganzen zugleich“. „Er setzt sich seine Vorgesetzten, er schliesst Bündnisse, er errichtet Gesätze, kurz, er ist ein getheilter Monarch“ (Tanner 1787, S. 11).

„Zu diesen wichtigen Verrichtungen braucht er also unstreitig mehr Einsicht, mehr Beurtheilungskraft, mehr sittliche Denkungsart, mehr aufgeheiterte Vernunft, als jeder aristokratische Landsmann vonnöthen hat, der nur zum Gehorsam gebohren oder der monarchistische Unterthan, welcher von der Vorsehung bestimmt ist, den Befehlen seines unumschränkten Herrn zu gehorchen“ (ebd., S. 11/12).

„Jedes Glied in der Demokratie“ ist „der Beförderung zu jeder Staatsverwaltung fähig“ und sein Schicksal hängt nicht wie in der Monarchie von den „Ahnen“, sondern „von seinem eigenen Verdienste“ ab (ebd., S. 12).

- Was jedoch der „demokratische Landsmann“ tut und werden kann, erwächst nicht aus seiner Natur, sondern ist seiner „zweckmässigen Erziehung“ geschuldet (ebd.).
- Der Zweck der Erziehung ist politisch und bezieht sich auf das Zusammenleben in der Demokratie.

Konrad Tanner hatte die amerikanische Revolution vor Augen und kannte deren Begründungsschriften. In denen ging es tatsächlich um den Zusammenhang von Demokratie, öffentlicher Bildung und Staatsbürgerlichkeit, wobei sich die führenden Intellektuellen wie Benjamin Franklin oder Thomas Jefferson stark von der französischen Aufklärung inspirieren

*) Vortrag in der Universität Zürich am 25. Oktober 2017.

¹ Diesen Hinweis verdanke ich Fritz Osterwalder.

² Konrad Tanner (1752-1825) war von 1808 bis zu seinem Tod auch Abt des Klosters Einsiedeln. Er war dort zuvor Lehrer der Rhetorik an der Klosterschule und Theologielehrer für die Bruderschaft. Von 1782 war er als Lehrer und Präzeptor in Bellinzona tätig. Tanner kehrte 1795 als Statthalter nach Einsiedeln zurück, musste nach Österreich fliehen und wurde dann 1808 Abt in Einsiedeln.

liessen. Beide waren bekanntlich Botschafter in Paris.³ Sie hatten keine direkte, sondern eine repräsentative Demokratie mit Bürgerbeteiligung vor Augen.⁴

Was die amerikanischen Gründungsväter nach der Etablierung ihrer Republik postuliert haben, nämlich eine im Minimum gleiche und qualitativ gehaltvolle Bildung für alle künftigen Bürgerinnen und Bürger, war hundert Jahre später noch nicht annähernd umgesetzt. Langsamer Wandel des Schulsystems gegen grosse Widerstände war überall angesagt, und die Richtung des Wandels war stark abhängig von der jeweiligen Regierungsform und den konfessionellen Verhältnissen.

Der demokratische Schulplan, den der Marquis de Condorcet 1792 für die französische Nationalversammlung verfasste,⁵ hatte auf die die Schulentwicklung in Frankreich unmittelbar nach der Revolution keinen Einfluss, genau so wenig wie alle anderen Pläne. Und es war Napoleon, der am 8. August 1808 die religiösen Schulen wieder einführte. Die strikt laizistische Schule entstand erst mit dem Gesetz zur allgemeinen Schulpflicht, das am 28. März 1882 verabschiedet wurde.

Doch der lang gestreckte historische Prozess der öffentlichen Bildung ist den grundlegenden Postulaten der Aufklärung zur *instruction publique* (Condorcet 1994) weitgehend gefolgt, auch wenn die Begründungen verschieden waren. Aber die Verstaatlichung der Schulen, die Stufung des Systems, der freie Zugang zur öffentlichen Bildung, die Orientierung an den modernen Wissenschaften und die zunehmend säkularen Lehrpläne sind Merkmale der Entwicklung überall in Europa und in den Vereinigten Staaten.

Seit Beginn des 19. Jahrhunderts entstand so in den westlichen Ländern allmählich eine qualifizierte Bildung für alle künftigen Bürgerinnen und Bürger. Die öffentliche Bildung sollte gewährleisten, dass die Staatsbürger sich an den politischen Geschäften beteiligen und ihre Anliegen öffentlich zum Ausdruck bringen können. Das galt spät für beide Geschlechter und diese Egalität musste schwer erkämpft werden.

- In diesem Sinne diene - und dient - die öffentliche Bildung der Öffentlichkeit und genauer gesagt der *politischen* Öffentlichkeit oder dem reflexiven Zusammenleben in der Gesellschaft.
- Partizipation und Verstehen politischer Vorgänge sind nicht möglich ohne ein Grundmass an Bildung für alle, und diese Einsicht gilt auch dann, wenn sich nicht jeder politisch engagiert.

Für diesen Zweck wurde ein Schulsystem für alle Kinder aufgebaut, das es vor der Aufklärung nicht gab und das nur mit dem Schulmonopol des Staates herausgebildet werden konnte. Die Nationalstaaten wurden für die Volksbildung zuständig, nämlich

- erliessen Schulgesetze,

³ Benjamin Franklin (1706-1790), einer der führenden Naturforscher seiner Zeit und erster Präsident der American Philosophy Society, war von 1776 bis 1785 amerikanischer Botschafter in Paris. Er war etwa mit dem Marquis de Condorcet (1743-1794) befreundet, beide waren Freimaurer und haben über Naturwissenschaft und Bildung korrespondiert. Franklins Nachfolger in den Jahren 1785 bis 1789 wurde Thomas Jefferson (1743-1828), der zum Begründer der öffentlichen Bildung in den Vereinigten Staaten wurde.

⁴ <http://eyler.freeservers.com/JeffPers/jefpco55.htm>

⁵ Rapport et projet de décret relatifs à l'organisation générale de l'instruction publique
Présentation à l'Assemblée législative : 20 et 21 avril 1792. (<http://www.assemblee-nationale.fr/histoire/7ed.asp>)

- entwickelten dazu passende Lehrpläne,
- bauten eigene Verwaltungen auf,
- übernahmen auch weitgehend die Finanzierung der Schulen
- und drängten damit, wenngleich in unterschiedlichem Ausmass, die Privatschulen zurück.⁶

Aber das ist eher nur ein Nebeneffekt, in der Hauptsache nämlich entstand ein System, das Bildung für alle aufwerten und die Qualität langfristig kontrollieren konnte, dabei international ähnliche Verfahren und Normen ausbildete und langsam auch auf Fremdfinanzierung verzichtete. Noch Mitte des 20. Jahrhunderts wurde für die weiterführenden Schulen Schulgeld erhoben und bestand vielfach keine Lehrmittelfreiheit. Eine komplett freie und unentgeltliche Verschulung für alle Stufen ist etwa in Deutschland keine sechzig Jahre alt.⁷

Die Begründung am historischen Ausgangspunkt dieser Entwicklung scheint unverändert gültig zu sein. Die politische Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit setzt eine gemeinsame Sprache voraus und verlangt zur rationalen Verständigung ein möglichst hohes Minimum an Bildung für die Bürgerinnen und Bürger. Dabei ist keine bestimmte Kultur oder Herkunft massgebend, sondern nur die Kultur der demokratischen Öffentlichkeit selbst, also etwa

- das Prinzip der freien Meinungsäusserung innerhalb und ausserhalb von Parlamenten,
- das transparente Aushandeln der Interessen,
- die diskursive Vorbereitung von Entscheidungen,
- die Meinungsbildung im Volk,
- der Kampf um die Macht
- und das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit.

Die politische Grundeinheit für Wahlen und Entscheidungen in der Demokratie ist das Volk. „Volk“ ist nicht völkisch zu verstehen, sondern als Korpus der Wahlberechtigten unabhängig von Rasse, Religion, Geschlecht oder Ethnie. Diese abstrakte Form eines Volkes von Stimmbürgern ist die grosse Errungenschaft der modernen Demokratie. Notwendig ist der Pass und nicht die Abstammung. Aber immer wird Bildung vorausgesetzt, anders wären ein anspruchsvoller Diskurs und engagierter Austausch in der Öffentlichkeit nicht möglich.

Heute wird sichtbar, dass diese Öffentlichkeit die der *traditionellen* Medien ist, also aus Kommunikation in Büchern, Zeitschriften und Zeitungen besteht, die intellektuelle Ansprüche vertreten und von ihren Lesern auch so erwartet werden. Das gilt in Massen auch für die öffentlich-rechtlichen Medien, sofern sie für Qualität einstehen und nicht lediglich für Unterhaltungswerte.

Es ist nicht die Öffentlichkeit der Strasse oder der Parteiversammlung, sondern der gehaltvollen Auseinandersetzung, in der bei allem Streit Klärung und letztlich auch Verständigung angestrebt werden. Vorausgesetzt werden unabhängige Autoren und interessierte Leser, die Standpunkte unterscheiden und respektieren, auch wenn sie anderer Meinung sind.

⁶ Geiss 2014, Aubry 2015.

⁷ Auch in den Anfängen der DDR wurde für den Besuch der Oberschule Schulgeld erhoben. Nur Berlin war befreit von Schulgeldabgaben.

Die Art Öffentlichkeit scheint massiv auf dem Rückzug zu sein. Ein Indikator sind Wahlkämpfe, traditionell das Streitfeld der Demokratie, aber ein begrenztes und kein Dauerzustand. Adressat ist der Wähler oder die Wählerin, die für bestimmte politische Parteien und ihre Programme gewonnen werden sollen. Dieses Ziel gilt unverändert, doch die Art und Weise des Wahlkampfes hat sich gewandelt. Es geht immer weniger um Auseinandersetzungen, also ein geregeltes Für und Wider, und immer mehr um die emotionale Beeinflussung der Zustimmung der Wähler. Die Mittel gibt der Behaviorismus vor.

In heutigen Wahlkampagnen spielt die Unterscheidung von Zielgruppen eine wichtige Rolle, ebenso die Statistik des Wählerverhaltens und damit zusammenhängend der Einsatz der Ressourcen sowie die Themenführung in den Medien. Nicht die mündigen Bürger, also der Souverän, sollen angesprochen werden, sondern ihre Psychogramme, die sich aus Verhalten, Vorlieben, politischen Optionen und statistischen Daten zu Herkunft, Wohnort oder Bildungsgrad zusammensetzen.

Diese Strategie ist in kurzer Zeit weit fortgeschritten, wie die amerikanischen Wahlkämpfe seit der ersten Kandidatur von Barack Obama im Jahre 2008 bis zur Kampagne 2016 gezeigt haben (Kreiss 2016).

- Politische Botschaften können nunmehr auf Persönlichkeitsprofile hin abgestimmt werden
- und der politische Raum kann danach unterschieden werden, wo sich der Einsatz lohnt und wo nicht.
- Das heisst, Wahlkampf findet dort nicht mehr statt, wo die langfristige Wählerstatistik sagt, die Abstimmung sei längst entschieden (Hersh 2015).
- Damit gibt es zwei Klassen von Stimmbürgern, die Umworbenen und die Uninteressanten.

Notfalls haben sich die den Vereinigten Staaten auch schon mal die Wahlkreise verändert worden.⁸ Ihre Festlegung geschieht in den amerikanischen Gliedstaaten etwa alle zehn Jahre, zuständig sind Kommissionen in den lokalen Parlamenten, die deren Mehrheiten abbilden. Entsprechend bevorteilt jede neue Festlegung die regierende Partei, die die Wahlkreise ihrem Wähleranteil anpasst. Nur sechs Staaten lassen die Grenzen der Wahlkreise durch überparteiliche Kommissionen ziehen.⁹

Offenbar können auch Hacker-Angriffe mit gezielten Indiskretionen gegenüber bestimmten Kandidaten Wahlen beeinflussen, wie die Trump-Kampagne gezeigt hat. Neu ist auch der Einsatz von fiktiver Meinungsbildung durch *social bots*, also Software-Algorithmen, die in sozialen Medien auf Äusserungen hin automatische Antworten kreieren und damit Meinungen und Umfragen beeinflussen.¹⁰ Parteien können ihre eigenen Medienwelten

⁸ „Gerrymandering“ nach Elbridge Gerry (1744-1814), der 1812 als Gouverneur von Massachusetts erstmalig die Wahlkreisgrenzen zum Vorteil seiner Partei verändern liess.

⁹ Neue Zürcher Zeitung Nr. 228 vom 2. Oktober 2017, S. 5.

¹⁰ Im Umfeld der zweiten Fernsehdebatte zwischen Hillary Clinton und Donald Trump am 9. Oktober 2016 in St. Louis sind vom Oxford Internet Institute neun Millionen Tweets ausgewertet worden. Social Bots machten ein halbes Prozent der Benutzer aus und produzierten fast ein Viertel aller Meldungen (Neue Zürcher Zeitung Nr. 261 vom 8. November 2016, S. 11).

kreieren und so ihre eigene Öffentlichkeit, notwendig ist nur ein Videokanal auf Youtube oder Facebook.¹¹

Schliesslich können auch Suchmaschinen beeinflusst werden,¹² so dass gezielt geschaltete Anzeigen mit politischen Botschaften auf der Ergebnisliste früher erscheinen als ohne die Manipulation. Es gibt Studien, die zeigen, dass Informationen, die man selbst in der Suchmaschine gefunden hat, mehr Glauben geschenkt wird als Artikeln in der New York Times.¹³ Dort konnte man schon vor der Wahl von Präsident Trump lesen: „Googling is believing“.¹⁴

Argumente, die öffentlich ausgetauscht werden und überzeugen oder nicht überzeugen, kommen dabei zu kurz oder spielen gar keine Rolle mehr. Ein zentraler Grund dafür ist, dass die grossen Lager der amerikanischen Demokratie kaum noch wirkliche Parteien sind, sondern zwei Seiten eines Kulturkampfes, der immer unversöhnlicher ausgetragen wird. Nicht Politiker, sondern Feinde bekämpfen sich, Skandale binden die Aufmerksamkeit und jeder Verdacht treibt die Kampagne öffentlich voran. Damit verbunden sind oft kraftvolle Selbstdarstellungen oder das mediale Spiel mit dem Authentischen einer Lichtgestalt.

Aber genau deswegen hat die politische Öffentlichkeit ihre Wächterfunktion. Sie kann davon ausgehen, dass nicht nur im Ausnahmefall gelogen und betrogen wird (Mearsheimer 2011), also muss sie zusammen mit den Bürgern stets auf der Hut sein. Wahrhaftigkeit ist für Politiker ein knappes Gut und wer nachweislich lügt oder korrupt ist, gerät unter den Druck der Öffentlichkeit und muss dann häufig auch gehen. Insofern kann sich Donald Trump im Blick auf seine Wähler und die Dauer seiner Präsidentschaft auch verrechnet haben.

Seine Kampagne hat noch eine ganz andere Frage aufgeworfen, nämlich wie das Zusammenleben politisch organisiert werden soll, wenn sich soziale Gruppen abschotten, nur noch die Medien benutzen, die sie bestätigen, und darauf jederzeit und unmittelbar Zugriff haben. Die klassische politische Öffentlichkeit wäre damit ausgehebelt, die Lebensform der Demokratie setzt Meinungsfreiheit voraus, aber zugleich auch ein wie immer begrenztes Verständnis für die Anderen und nicht die Anmassung, eine bestimmte Gruppe - die eigene - sei das „wahre“ Volk.

Nur Interaktion und Austausch zwischen verschiedenen Gruppen konstituieren eine demokratische Lebensform. Das hat John Dewey (1916/1985) richtig gesehen, auch wenn er sowohl die Regierungsform der Demokratie als auch den politischen Kampf um die Macht unterschätzt haben mag. Ruchlosigkeit war für ihn kein Thema. Auf der anderen Seite, wenn Parteien oder Gruppen sich nur bekämpfen, erodiert das Gemeinsame, wird Wahlkampf zur Dauererscheinung und geraten Kompromisse zum Grenzwert.

Man kann daran auch den Wählern die Schuld geben und davon ausgehen, sie seien schlecht informiert und verfügten nicht über eine ausreichende Bildung, sondern folgten einfach leeren Versprechungen. Damit verschiebt sich das Problem zu den öffentlichen

¹¹ Wie die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) im Wahlkampf 2017 (Neue Zürcher Zeitung Nr. 235 vom 10. Oktober 2017, S. 7). Ein Webportal heisst „Unzensuriert“.

¹² Search Engine Optimization (SEO).

¹³ Neue Zürcher Zeitung Nr. 233 vom 7. Oktober 2017, S 7.

¹⁴ The New York Times March 9th, 2016. <https://opinionator.blogs.nytimes.com/2016/03/09/googling-is-believing-trumping-the-informed-citizen/> Der Satz stammt von dem Philosophen Michael Lynch.

Schulen und so zur Frage, wieso keine ausreichend gebildeten Bürger entstehen, wenn doch alle die Schule besucht haben.

Aber das ist ein gefährliches Argument, denn die Schule sorgt nur für die Grundausstattung, danach bestimmt jeder über seine Bildung selbst, entscheidet sich frei, wen er oder sie wählt, und mangelndes Wissen über Politik ist kein Grund, das Wahlrecht einzuschränken. Auch das ist in verschiedenen amerikanischen Bundesstaaten versucht worden, das Mittel war ein Bildungstest für die Unterschicht, der nicht die Wahlen besser machte, sondern zu einem Supremat der Akademiker führte.

- Eine Beschränkung des Wahlrechts gemäss Wissensstand und Bildungsgrad,
- also der Ausschluss derer, die als uninformiert gelten,
- wie das der Philosoph Jason Brennan in *Against Democracy* vorschlägt (Brennan 2016), ist keine Lösung.
- Jeder Bürger kann frei entscheiden und wenn politisches Wissen ein Ausschlusskriterium wäre,
- dann würde das in einem Philosophenstaat enden.
- Wer wählt, braucht keinen Wissenspass und schon gar keine Instanz, die das feststellen würde.

Im Sinne des amerikanischen Politologen Sheldon Wolin bezieht sich „Demokratie“ auf die politische Erfahrung freier Bürger, die bei allen Entscheidungen, die sie treffen, niemanden über sich haben und notfalls auch rebellieren können.¹⁵ Politische Urteile haben nicht zwingend etwas mit dem aristotelischen Mass der Mitte zu tun, also können auch die Extreme gewählt werden, wenn sie verlockend erscheinen oder dem eigenen Interesse dienen. Das Urteil der Bürger ist frei in der Wahl der Lösungen, selbst dann, wenn Wut das Motiv ist, zur Wahl zu gehen.

Allerdings beziehen sich die Erwartungen der Wähler im Regelfall auf Lösungen, die vernünftig erscheinen und sich im Lichte der anschliessenden Erfahrungen auch korrigieren lassen. Genau aus diesem Grunde kann man das politische Personal abwählen oder die eigene Meinung verändern, aber die kann sich nur vor dem Hintergrund einer kommunizierenden Öffentlichkeit bilden, also kommt alles darauf an, wie diese beschaffen ist, wen sie berücksichtigt und wer die Macht hat.

„Öffentlichkeit“ ist immer auch eine Sprachregelung, mit der das Unzulässige vom Zulässigen unterschieden wird. Bürger, die sich zu Wort melden und ihrer Meinung Stimme geben, benutzen ihre Sprache und reagieren negativ auf semantische Abweichungen oder Grenzverletzungen. Das ist auf dem Marktplatz so, in der Arena des Schweizer Fernsehens und auch im Internet, nur dass dort anonym oder pseudonym agiert werden kann. So kommen Meinungen zu Tage, die es früher auch gab, aber die kein öffentliches Medium hatten. Das Internet, wenn man so will, wird zum politischen Stammtisch, aber dies in globalisierter Form und als Dauerzustand.

Der Wandel betrifft unmittelbar die Frage der öffentlichen Bildung. In und mit den neuen Medien sind neue Öffentlichkeiten entstanden, die sich nicht nur auf die Gestaltung des Alltags auswirken, sondern zunehmend auch das Zusammenleben bestimmen. „Freundschaften“ etwa haben eine mediale Form angenommen und übersteigen alle bisher gewohnten Zahlen, Freunde oder „followers“ kann man plötzlich hunderte, tausende oder

¹⁵ Demokratie ist „a mode of being“ und nicht einfach eine Regierungsform (Wolin 2016, S. 111).

noch mehr haben, mit denen sich keine persönliche Geschichte mehr verbindet und die auch nicht individuell sein müssen.

Weil buchstäblich jeder „Nutzer“ sein kann, ist eine Öffentlichkeit ohne Bürger entstanden, in der wohl Meinungen gebildet werden und die in diesem Sinne auch politisch ist, aber die weder Rechte noch Pflichten kennt, keine wichtigen von unwichtigen Themen unterscheiden muss, jede Äusserung von jedem annehmen kann und keine Niveauforderung stellen darf. Das Modell ist nicht das Universitätsseminar und die Autorität im Internet ist die Klickzahl.¹⁶

Bildung sollte sich seit der Aufklärung auf die politische Öffentlichkeit der Bürger beziehen. Die Neuen Medien haben dafür gesorgt, dass sich ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit vollzogen hat, und zwar weitgehender, schneller und sehr viel anders als Jürgen Habermas (1962) dies vor mehr als fünfzig Jahren beschrieben hat (Thierney 2013). Die bisherige politische Öffentlichkeit aus traditionellen Medien, Parteien und gewählten Institutionen hat direkte Konkurrenz erhalten, die nicht dadurch geringer wird, dass alle Politiker neue Medien benutzen.

- Die Frage ist, wie sich in den neuen Öffentlichkeiten die Diskursmacht verteilt,
- wie die politischen Meinungen entstehen, wie stabil sie sind, wie schnell sie zerfallen und wann sie wieder auftauchen,
- welche politischen Gruppierungen davon profitieren,
- wie Glaubwürdigkeit entsteht
- und welche Bedeutung die politischen Fakten haben.

„Fake news“ ist die Strategie, Fakten zu bestreiten und sie in der linken oder rechten Position des jeweiligen Mediums anzulasten. Der Lieblingsfeind des amerikanischen Präsidenten ist der Nachrichtensender CNN, beachtet und gern gesehen sind die Fox News, aber das allein ist keine Anomalie. Als Linker in der Schweiz macht man sich auch verdächtig, wenn man zustimmend die Weltwoche liest.

Die drohende Irrelevanz der politischen Öffentlichkeit, wie wir sie kennen, ergibt sich aus einem Vertrauensverlust und dem Gefühl, nicht mehr angemessen repräsentiert zu werden. Bislang konnte man Tageszeitungen politischen Richtungen zuordnen und es kann darauf an, dass alle grösseren Richtungen eine oder verschiedene öffentliche Stimmen erhielten. Auch Parteisozialisten glaubten nur, was in ihren Zeitungen und nicht in denen des Klassenfeindes zu lesen war. Entscheidend war dann der Wahltag.

Aber wenn die Stimmenvielfalt in der politischen Öffentlichkeit nicht mehr wahrgenommen wird, wenn der Verdacht entsteht, dass alternative Ansichten nicht zu Wort kommen, und wenn alle grossen Medien pauschal als „Lügenpresse“¹⁷ verunglimpft werden, dann bleibt nur der Weg in die eigene hermetische „Öffentlichkeit“, die nach den Massstäben der Aufklärung keine mehr ist.

Sie ist nicht länger mit den Gegenargumenten der anderen Parteien konfrontiert, die nicht widerlegt, sondern pauschal abqualifiziert werden können, damit lässt sich jede Art rationaler Korrektur übersehen, was dann aber auch heisst, den Bürger zum blossen Wähler zu

¹⁶ Youtube, 2006 gestartet, hatte 2017 schätzungsweise 1,3 Milliarden Nutzer Zuschauer, bestimmt das Lernverhalten und so die Nachfrage. Der Trailer des Films „The Fast and Furious 7“ hatte 2015 weltweit 139 Millionen Klicks.

¹⁷ Der Ausdruck ist von der katholischen Reaktion im 19. Jahrhundert geprägt worden.

degradieren. Friedrich Nietzsche nannte diesen Zustand „Stimmvieh“¹⁸ und das sollte Verachtung gegenüber der parlamentarischen Demokratie zum Ausdruck bringen, die als blosses Theater denunziert wurde.¹⁹

Die politische Öffentlichkeit lebt davon, dass in ihr stellvertretend agiert werden kann, ohne die Glaubwürdigkeit zu verlieren. Politiker können nicht einfach für sich sprechen, sondern müssen das Gemeinwohl vor Augen haben und ihre Wähler vertreten, ohne sich als politische Klasse zu verselbständigen. Aber gerade das Prinzip der Repräsentation scheint fragwürdig zu werden. Der Ersatz wäre eine virtuelle Öffentlichkeit, die jedem zugänglich ist und keine Eintrittsbedingungen kennt, also auch nicht auf Bildung oder Kompetenz achten muss.

Formal wird auf einen Demokratisierungsgewinn verwiesen, denn jeder Nutzer kann sich in Netzwerken öffentlich äussern, alle Informationen sind zugänglich und jede Stimme kann erhoben werden, aber Anlass und Themen folgen medialen Konjunkturen, nur deswegen finden die Stimmen auch Beachtung. Meinungsbildung ist nicht gleichbedeutend mit dem Abwägen von verschiedenen Positionen, dafür fehlt in Hochgeschwindigkeitsmedien die Zeit, die auch durch ständiges Einblenden von Ratings strapaziert wird.

Der amerikanische Philosoph Michael Lynch (2016) hat vor Jahresfrist in seinem Buch *The Internet of Us* darauf aufmerksam gemacht, dass die unbegrenzte Zunahme der Information einhergeht mit dem Verlust von Verstehen und so einer politischen Bildung, die den Namen auch verdient. Wissen ist mehr als eine Akkumulation von Informationen, man versteht nicht, wenn man nur sammelt und vor allem ist man anfällig für alles, was die eigene Sicht bestätigt. „Google-knowing“ überlagert tendenziell alle anderen Arten des Wissens und Verstehens (ebd., S. 179).

Zusammengefasst: Mit dem Internet ist eine „Öffentlichkeit“ ohne raumzeitliche Anwesenheit und ohne Vergessen entstanden, die sich nicht mehr auf eine Geschichte und Literatur der Argumente, sondern auf sich selbst bezieht. Partizipation im Netz setzt vielfach anonyme Meinungsbildung voraus und bringt daher die traditionelle Vorstellung der persönlich diskutierenden Öffentlichkeit ebenso in Verlegenheit wie das Prinzip der repräsentativen Wahl.

Jeder, der einen Zugang hat, kann mit jedem zu jeder Zeit kommunizieren, ohne die eigene Identität kenntlich machen zu müssen. Man ist nicht „Bürger“, sondern „User“ ohne Verantwortung für das, was man von sich gibt. Die Meinungsfreiheit ist damit in einem buchstäblichen Sinne grenzenlos geworden, alles, was sich äussern lässt, wird geäußert, und dies mit sinkenden Hemmschwellen und grösster, wenngleich oft nur kurzfristiger und flüchtiger Aufmerksamkeit. So werden Nutzer leicht zu „trolls“ (Donath 1998), also Netz-Aggressoren auf der Suche nach Feinden, mit allen Folgen für die neuen Öffentlichkeiten.²⁰

In einem Raum ohne Regeln der Kritik kann niemand offensichtlichen Unsinn und Schlimmeres wie Rassismus oder religiöse Hetze mit Erfolg in die Schranken weisen, weil man als „User“ nicht zuhören muss oder leicht in andere Medien ausweichen kann, wo die Bestätigung durch Gleichgesinnte gesucht wird. Damit verfestigen sich Überzeugungen und werden für jeden Einwand unerreichbar.

¹⁸ Der Ausdruck „voting cattle“ wurde zuerst Mitte des 19. Jahrhunderts in der amerikanischen Publizistik verwendet. Denunziert werden sollten damit Gruppen von Immigranten aus Irland und Deutschland.

¹⁹ *Die fröhliche Wissenschaft*, 368 (S.W. 3/S. 618).

²⁰ „Tyranny of the mob“ (Time Magazine August 20, 2016, S. 25-30).

- Die Aufgaben des Zusammenlebens können nicht mit abgeschotteten Gruppen bearbeitet werden,
- die sich gegenseitig nichts zu sagen haben und dann schnell einmal autoritäre Lösungen erwarten.
- Die demokratische Lebensform schliesst das aus und definiert sich über Verständigungsprozesse.

Aber die scheinen sich gerade massiv zu wandeln und das wird auch pädagogische Folgen haben, nicht zuletzt weil sich auf paradoxe Weise die Kontrollmacht verschiebt. Ohne argumentative Kontrolle durch die politische Öffentlichkeit nimmt die Freiheit des Individuums zu, aber auch die Macht von Gruppen, die nur sich selbst kontrollieren.

Auf der anderen Seite: Im politischen Raum handelt kein Bürger handelt rein für sich allein, sondern muss sich mit anderen abstimmen und kann sich dabei auch organisieren. Politische Meinungen setzen soziale Milieus voraus, mit denen sie abgestützt und bestätigt werden, wobei oft Gefühle wie Hoffnung oder Angst eine konstitutive Rolle spielen, je nachdem, ob sich Gruppen von der Gesellschaft angenommen oder - wie die Anhänger der amerikanischen Tea Party Bewegung - abgehängt fühlen (Russell Hochschild 2016).

Weil diese abgehängten Gruppen Präsident Trump gewählt haben, ist von ihnen und ihrem Zustand die Nachwahldiskussion in den Vereinigten Staaten stark dominiert worden. Sichtbar wurde dabei, dass es eine einheitliche Wählerschaft nicht gibt und scheinbar starke öffentliche Diskussionen viele Wählergruppen gar nicht erreichen, weil sie sich hermetisch verhalten, nur noch die Medien benutzen, die sie bestätigen, und darauf jederzeit und unmittelbar Zugriff haben.

Dabei geht es nicht nur um die Vereinigten Staaten und auch nicht nur um die weisse Unterschicht. Der gleiche Befund gilt etwa auch für die Ghettokulturen von Einwanderern oder religiösen Gemeinschaften, die mit der übrigen Gesellschaft nichts zu tun haben wollen.²¹ Ein anderes Beispiel sind völkische Gruppen in Deutschland oder Skandinavien, die ihre Kinder ideologisch abschirmen und sie nur formal an der Gesellschaft teilnehmen lassen.²²

Die klassische politische Öffentlichkeit kennt keine Abschottung, sie ist im Zugang frei, und sie wäre damit ausgehebelt. Genau das scheint die Absicht zu sein, der Rückzug in die eigene Gruppe, die sich wie ein unbelehrbarer Block politisch artikuliert und sich durch kein öffentliches Argument beeindrucken lässt. Die Lebensform der Demokratie setzt Meinungsfreiheit voraus, aber zugleich auch Teilhabe und die Übernahme von Verantwortung für das Gemeinwesen.

Heutige politische Kampagnen und andere themengesteuerte Auseinandersetzungen in den verschiedenen Varianten medialer Öffentlichkeit stellen den demokratischen Grundkonsens der gemeinsamen Achtung in Frage, sind nicht am Gemeinwohl interessiert

²¹ Wie etwa chassidische Gemeinschaften in den Vereinigten Staaten, die Deborah Feldman (2016) beschrieben hat.

²² Diese Art Erziehung und den mühsamen Ausstieg aus einer Neonazi-Familie beschreibt Heidi Benneckenstein (2017). Dazu gehörten auch Sommerferien in der Heimmattreuen Deutschen Jugend (HDJ), die die Kinder gegen die Schulbildung indoktrinierten. Die HDJ wurde 2009 verboten, die nationalsozialistischen Sommerlager gibt es nach wie vor.

und bilden kritikresistente Kommunikationsgemeinschaften neuer Art, die schnell entstehen und schnell auch wieder zerfallen können.

- Wer anderer Meinung ist, kann auf seine Weise nicht auch recht haben, sondern wird ignoriert und beschimpft oder einfach ausgegrenzt.
- Die Auseinandersetzungen in einer polaren Welt suchen nicht den Ausgleich, sondern nur die Selbstbestätigung unabhängig davon, was die eigene Meinung ausmacht.
- Die Freiheit der Meinungsäußerung wäre dann ohne Grenzen und ohne jede Bedingung.
- Genau das lässt sich in den anonymen Öffentlichkeiten beobachten, die das Internet geschaffen hat.

Natürlich kann jeder Bürger das durchschauen, sich zurückhalten oder seine Wahl anders treffen. Aber dann fragt sich, warum politische Enthemmung überhaupt zustande kommt und was dabei die treibenden Kräfte sind. Die neuen Medien geben jedem die Gelegenheit, sich zu allem zu äussern und dabei spielen Hass, Rechthaberei und Weltverschwörung offenbar eine weit grössere Rolle als in den moralisch kontrollierten Öffentlichkeiten alter Art, in denen mit gut begründetem Widerspruch gerechnet werden musste.

- Bildung soll dem entgegenwirken, aber ist das nicht längst naiv?
- Wenn nicht, hat die öffentliche Schule dafür noch ein Mandat?
- Und auf welche Öffentlichkeit richtet sie sich?
- Also tragen die Begründungen der Aufklärung noch?

Es gibt Tendenzen, die daran zweifeln lassen. In den westlichen Ländern wächst nicht zufällig der politisch-ökonomische Druck auf die Bildungsinstitutionen, die offenbar ihr Monopol verloren haben und deren Legitimationsbasis dann schwindet, wenn Alternativen sichtbar werden, die schneller und besser zu sein scheinen. Wenn wir nicht aufpassen, meint das letztlich die Rede von der „Digitalisierung“ der Bildung. Sie ist verbunden mit Schulkritik, wie sie radikaler nicht sein könnte.

Die neuen Medien, so der amerikanische Kritiker David Gelernter oder auch der deutsche Ingenieur Sebastian Thrun im Silicon Valley, machen die Schule als Institution überflüssig und führen dazu, dass Lernen ohne das Prokrustesbett der Schulorganisation möglich wird. Bildung ist Nutzung von Information und die Google-Brille (google glass) ersetzt das Schulbuch, analog zu dem, was heute für den Arbeitsmarkt erwartet wird.

Alles ist direkt und unmittelbar zugänglich, jeder erreicht jeden und die Zeit von Kindern muss nicht mehr mit Schule vergeudet werden. Die Individualisierung des Lernens braucht keine Lehrer mehr, weil mit Programmen gelernt wird, die das Lernen selbst korrigieren können. Ein Coach genügt und so wird auch der Klassenverband als Lernort verschwinden (Breithaupt 2016).²³

Gemeinsam ist den neuen Medien, dass sie sofort und ganz individuell genutzt werden können, ihre Lernwege sind leicht und weitgehend voraussetzungsfrei, also verlangen praktisch keine Qualifikation. Auch verfolgen sie selbst keine Ziele, ausgenommen die Beeinflussung und Bindung des Nutzungsverhaltens. Was sie inhaltlich bieten, ist beliebig

²³ Fritz Breithaupt ist Professor am Department for Germanic Studies der Indiana University in Bloomington.

erneuerbar und kennt weder Wissenshierarchien noch Barrieren wie die soziale Herkunft oder mangelhaftes Vorwissen.

Zudem gibt es, anders in der Lehrerschule, keine bestimmte Autorität mehr, die das Niveau der Auseinandersetzung vorgeben und persönlich kontrollieren könnte. Die historisch beispiellose Beschleunigung des Lernens und der Wahrnehmung²⁴ bei schnell wechselnden Themen und scheinbar gefahrlosem Löschen verhindert auch eine Verantwortungskontinuität. Am Ende einer Diskussion im Netz steht kein Ertrag, weil es kein Ende mehr gibt; es kann immer nur weitergehen. Mit einem Bonmot könnte man sagen: „To be is to be updated“.²⁵

Die Schulkritik arbeitet vor diesem Hintergrund mit dem Argument der uneinsichtigen Beharrung. Schulen veralten auf dem eigenen Feld des Lernens, aber sie bleiben nicht nur zurück, sondern weigern sich, Platz zu machen und stellen also ein steigendes Risiko dar.

- Sie drangsaliert die Schüler mit einer Organisationsform des 19. Jahrhunderts,
- die für gesellschaftliche Anpassung sorgen soll und nur Massen bedienen kann.
- Sie dient nicht dem Kind, sondern dem staatlich definierten Durchschnitt,
- also gerade nicht den Potentialen des Lernens.

Das würde für eine Revolution sprechen, die die Organisation Schule nicht weiterentwickelt, sondern aufhebt, sobald die technischen Möglichkeiten bereitstehen. Ob es so kommt, ist nicht abzusehen, aber auch nicht sehr wahrscheinlich. Immerhin sind sowohl das „aktive Kind“ als auch der Unterricht durch Laien calvinistische Ideen, die sich schon in Genf des 17. und 18. Jahrhunderts - trotz Rousseau - nicht durchsetzen konnten.

Sie erhalten gerade neuen Auftrieb, man denke an das „selbstorganisierte Lernen“ und den Lehrer als „Coach“, der auch die Schweiz erreicht hat. Beide kann man als erste Anzeichen der Digitalisierung verstehen, auf die sich Schulen tatsächlich einstellen müssen, wenn sie nicht das Schicksal der Musikindustrie oder in Zukunft auch der Banken erleiden wollen. Aber „Individualisierung“ des Lernens heisst eben nicht Auflösung der Schule als sozialer Institution.

Die Aufgaben stellen sich nicht neu und wer etwas gegen eine Gesellschaft von „trolls“ tun will, ist auf die staatliche Organisation öffentlicher Bildung angewiesen, auch wenn - oder weil - sich der Bezugspunkt „Öffentlichkeit“ gerade massiv wandelt. Gerade deswegen aber kann „Individualisierung“ nicht heissen, dass jeder Lerner das eigene Curriculum ist.

Der Aufbau, die Verbreitung und langfristige Sicherung der gesellschaftlichen Bildung mit spezialisierten Institutionen ist und bleibt eine Grundbedingung für die moderne Demokratie. Die politische Urteilsfähigkeit verlangt gehaltvolle Bildung, damit Selbstreflexion und Souveränität im Umgang mit Argumenten. Schon deswegen kann das Internet nicht einfach ein Demokratiegewinn sein, wie in der Anfangseuphorie vielfach angenommen wurde.

Das erlaubt eine Prognose:

²⁴ Vgl. die Studie von Wajcman (2015).

²⁵ New York Review of Books Vol. LXIII, No. 11 (June 23 – July 13, 2016), S. 36. Siehe die Darstellung von Hui Kyong Cin (2016).

- Für die Grundlagen der Bildungsqualität in der Folge der Generationen wird auch in Zukunft die mehr oder weniger normierende Schulbildung sorgen.
- Projektunterricht auf Dauer²⁶ genügt nicht, vielmehr muss für einen breiten und langgestreckten Aufbau von dem Wissen und Können gesorgt werden, das nicht einfach im Alltag des Zusammenlebens erworben werden kann.
- Dass Wissen veraltet, ist kein Einwand, es geht um die Grundlagen der Allgemeinbildung, die nur einmal erworben werden können.

Die elementaren Standards der Bildung und so eine wichtige, oft gar nicht bedachte Voraussetzung für öffentliche Diskussionen kann nur die allgemeinbildende Schule durchsetzen. Wenn sie dieser Aufgabe nicht nachkommt, gibt es keinen Ersatz. Es geht dabei nicht nur um Unterricht, sondern auch um den sozialen Ort des Lernens und um eine Organisation, die das Lernen ebenso sehr steuert wie garantiert.

Personale Bildung ist konkret ein lebenslanger Prozess (Bruner 1995), der nicht-linear verläuft, mit Gewinnen und Verlusten verbunden ist und Anpassungen an je neue Lernsituationen verlangt. Aber sie verlangt einen geschulten Grund, von dem die weiteren Lernprozesse, zumal die im Internet, ihren Ausgang nehmen können. Auch in absehbarer Zukunft wird es daher weiterhin Schulen geben, aber die Frage ist *wie*, in welcher Form und so, ob unter „Schule“ eine Grundform mit Varianten oder nur noch Varianten zu verstehen ist.

Bislang ist im Blick auf die Organisation eine stabile Grundstruktur massgebend, die curricular, medial oder von den Verfahren her nur wenige Varianten kennt.

- Schulen sind soziale Orte,
- die für eine bestimmte Zeit des Tages persönliche Anwesenheit verlangen,
- Gruppen unterrichten,
- durch die Bearbeitung von Aufgaben Lernprozesse beeinflussen
- und die Leistungen bewerten.

Das kann oder wird sich mit den neuen Medien ändern, es wird in Zukunft verschiedene Lernorte geben und mehr als das, Lernen wird von bestimmten Orten unabhängig, persönliche Anwesenheit ist nicht mehr zwingend erforderlich und Lerngruppen müssen nicht länger die Grundeinheit der Schule sein.

Aber gelernt wird immer noch mit Aufgaben, die sich der Lernende nicht selbst stellt, bewertet werden weiterhin Leistungen und die Qualität des Lernens wird von den erreichten Fortschritten abhängig gemacht, die der staatliche Lehrplan auch dann vorgibt, wenn er als App abgerufen werden kann. „Selbstorganisation“ in einem radikalen Sinne kann es im Rahmen staatlicher Ziele nicht geben und auch der „Lerncoach“ ist an den Lehrplan gebunden.

Die Differenzierung der Formen des Lernens muss Gewinn für die Schule mit sich bringen und die eingesetzte Bildungstechnologie darf die Bildungsversorgung der Gesellschaft nicht gefährden.

²⁶ Der deutsche Ingenieur Sebastian Thrun betreibt im Silicon Valley „Udacity“, ein Bildungsunternehmen, das auf dem Projektunterricht beruht. Die Programme dauern sechs Monate und schliessen mit dem „Nanodegree“ ab (Der Spiegel Nr. 36 vom 3.9. 2016, S. 18).

- Darunter sind nicht nur das curriculare Angebot und eine ausreichende Finanzierung zu verstehen,
- sondern auch eine den Aufgaben angemessene Organisation,
- professionelles Personal,
- Massnahmen zur Qualitätssicherung
- und nicht zuletzt eine Bestandsgarantie über die Generationsschwellen hinweg.

Andererseits: Eine auf Dauer gesicherte staatliche Bildungsversorgung ist nicht selbstverständlich. Das Bestreben, Bildungsangebote aller Art zu privatisieren, darunter auch die Grundbildung, ist international nicht zu übersehen (Abrams 2016) und hat durch die neue amerikanische Administration weiteren Auftrieb erhalten.²⁷ Dabei wird anders argumentiert als in der hiesigen Reformpädagogik, nämlich vor allem die schulisch kontrollierte Leistung herausgestellt. Seit dem *No Child Left Behind Act* (2001) gelten in den Vereinigten Staaten nur standardisierte Tests als zuverlässige Beschreibung von Schulleistungen.

Aber wie sollen Bildung und Demokratie zusammenpassen, wenn Bildung allein auf das Leistungsverhalten bezogen wird? Demokratie als Lebensform richtet sich auf die Teilhabe *an* und den Einfluss *auf* die öffentlichen Geschäfte und damit das Zusammenleben in der Gesellschaft. Darauf kann und soll die Schule vorbereiten, auch wenn oder weil die Orte der Demokratieerfahrung vielfältig sein können und müssen.

Der zentrale Referenzpunkt von allgemeiner Bildung sind die demokratische Gesellschaft, ihre öffentlichen Lebensformen und erst in diesem Sinne die Subjekte (Putnam/Putnam 1993). Es geht also nach wie vor um die Bildung künftiger Bürgerinnen und Bürger, die in der Gesellschaft öffentliche Probleme bearbeiten und Verantwortung übernehmen. Aus diesem Grunde kann Bildung nicht auf Beruf und Verwertbarkeit zu reduziert werden, nur dass beides nicht gegeneinander ausgespielt werden darf.

Für das demokratische Zusammenleben ist kein Test nötig, sondern Common Sense, soziale Sicherheit und eine Lebensform. Zusammenleben muss möglich sein trotz hochgradiger Unterschiede in den Traditionen, im Lebensstil und in den Überzeugungen; diese Philosophie hat der amerikanische Rechtsphilosoph John Inazu (2016) mit „confident pluralism“ bezeichnet.

Unter dieser Voraussetzung muss das Zusammenleben Orte haben, an denen die Erfahrungen abgewogen und reflektiert werden. Eine „modest unity“ (ebd., S. 33) kann es anders kaum geben, sie ist die Folge von Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit (public forums) und basiert auf Kompromissen (ebd., S. 64/65). Darauf müssen die künftigen Bürger vorbereitet werden.

Demokratie verlangt nicht nur Lernfähigkeit, sondern Bildung im Sinne von Verstehensleistungen, die nicht einfach ad hoc erreicht werden können. Das gilt umso mehr, wenn alles zum politischen Thema gemacht werden kann. Hier sind Kenntnisse und Sortierungen notwendig, die nicht allein durch Nutzung des Internets entstehen und die die Nutzer sich nicht einfach selbst besorgen können. Sie verlangen Bearbeitung durch Unterricht, also Aufgaben und Leistungen sowie Bewertungen durch Lehrerinnen und Lehrer, die kein Programm ersetzen kann. Ein „Lernbegleiter“ wäre Augenwischerei.

²⁷ Zwanzig Milliarden Dollar Bundesmittel sollen für private Schulunternehmen zur Verfügung gestellt werden (New York Review of Books Vol. LXIII, No. 19, December 8-December 21), S. 58.

Die Nachhaltigkeit der schulischen Bildung ist eine Frage des anschliessenden Gebrauchs; was von den Lerninhalten länger nicht aktiv verwendet wird, kann vergessen werden und wird auch oft vergessen. Davon zu unterscheiden ist die Gewöhnung an Niveaus der Bildung, also des Lernens, Verstehens und Problemlösens, die nach der Schule auch in anderen Aufgabenfeldern und im Blick auf neue Lernherausforderungen zur Anwendung kommen. „Schule“ ist letztlich Schulung des Interesses und so des Lernverhaltens, keine endliche Ausrüstung fürs Leben.

Die Bürger müssen wie gesagt urteilen und so auch entscheiden, was sie *nicht* als politisches Thema ansehen. Ihre Urteile sind bei allen Wahlen und Abstimmungen die ausschlaggebende Instanz und eine wichtige Frage ist, wie sich die Interessen der Bürger in schnellen Medien und unter der Voraussetzung kurzzeitiger Alarmierungen artikulieren können, ohne durch Dritte verfälscht zu werden. Wer Antworten sucht, wird ganz traditionell auf Bildung verwiesen.

In der liberalen Demokratie wird Bildung als öffentliches Gut verstanden, das der Staat mit Hilfe von Lehrplänen definiert. Das ist oft als technokratisch kritisiert worden, was der politischen Funktion von Lehrplänen aber nicht gerecht wird. Es geht nicht lediglich um einen Kanon, mit Lehrplänen soll gesichert werden, dass zwischen den Generationen die einmal erreichten Bildungsniveaus nicht nur nicht verloren gehen, sondern stetig verbessert werden können.

- Wie erfolgreich das war, lässt sich etwa an der Alphabetisierungsrate seit dem 18. Jahrhundert zeigen.
- Ein weiterer Indikator ist die stete Zunahme universitärer Bildung in den vergangenen Jahrzehnten.
- Auch die Erfüllung der Schulpflicht über Generationen und die gesellschaftliche Akzeptanz des Schulwesens sind dafür aufschlussreich.
- Es gibt weltweit keine Gesellschaft ohne Schulen²⁸
- und wo der Schulbesuch behindert wird, etwa in Krisengebieten, gilt das zu Recht als Frevel an der nachwachsenden Generation.

Ohne staatliche Verschulung gäbe es keinen Garanten für die Erfüllung des Generationenvertrages, während auf der anderen Seite das soziale Zusammenleben nicht vom Staat vorgegeben werden kann und darf. Staatliche Schulen sind jedoch aufgefordert, dazu beizutragen, weil ohne Wissen und Lernerfahrungen der Zugang zu anderen Kulturen oder Religionen erschwert ist oder gar nicht erst entstehen kann (Parker 2003).

Ausgrenzungen im eigenen Land ohne Bildungschancen befördern Radikalisierungen und daran ändert kein PISA-Test etwas. Für die Gestaltung des Zusammenlebens sind andere Prioritäten als Leistungstests gefragt und die gesellschaftliche Integration verlangt ein politisches Verständnis von Bildung, das wohl Daten nutzt, aber auch mit Heterogenität und unterschiedlichen Geschwindigkeiten der Entwicklung umzugehen versteht. Wenn kein Kind zurückbleiben soll, dann fragt sich, wo die rote Linie gezogen wird und wer für die Einhaltung verantwortlich ist.

²⁸ Die Qualität ist allerdings sehr unterschiedlich, was nicht zuletzt mit den Schulkulturen und der Professionalität der Lehrkräfte zu tun hat, wie die Weltbank für Entwicklungs- und Schwellenländer nachgewiesen hat (Neue Zürcher Zeitung Nr. 246 vom 23. Oktober 2017, S. 19).

Zudem müssen unterschiedliche Lernwege angenommen werden und die Selbstständigkeit der Informationsbeschaffung vor Augen stehen. Was die künftige öffentliche Bildung von der Schule des 19. Jahrhunderts unterscheidet, erwächst aus dem Tatbestand, dass der Staat sein Bildungsmonopol wohl ausübt, aber nur noch in Grenzen auch überwachen kann. Die Schulpflicht ist nicht mehr gleichzusetzen mit einer weitreichenden Kontrolle des Lernens, das jederzeit auf andere Medien ausweichen kann.

Andererseits werden Schulen auch weiterhin Ziele der öffentlichen Bildung verfolgen und dabei die Entwicklung der Demokratie vor Augen haben müssen. Es gibt keine andere Institution, die - soweit es geht - über qualifizierte langjährige Bildungsgänge und den damit verbundenen Abschlüssen für gesellschaftliche Integration sorgen und so auch die Folgen der Migration bearbeiten kann.

Im 19. Jahrhundert konnten oder mussten die klassischen Milieus den Lebensverlauf stützen, der nur zu Beginn Ausbildung verlangte. Heute kann oder muss die gesamte Lebensspanne auf Bildungsangebote bezogen werden, auch weil kein Curriculum mehr für eine Ausrüstung mit Themen, Interessen oder Einsichten sorgen kann, die lebenslang Bestand hat. Und ein Curriculum über die Lebensspanne kann es nur im Sinne individueller Lernoptionen geben.

Die öffentliche Schule sorgt für den Eintritt in die Gesellschaft und sie muss dabei die Konflikte der Integration direkt austragen und kann sie nicht hinauschieben. Das gilt für alle Schüler, nicht nur für die schulpflichtigen Kinder von Migranten. Und keine Schulkarriere lässt sich wiederholen. Allein das macht deutlich, wie gross die Verantwortung ist. Kein informelles Lernen wird den Schulabschluss ersetzen können, so wichtig ausserschulische Erfahrungen auch sein mögen. Aber mit ihnen allein lassen sich die Hürden der Gesellschaft nicht überwinden.

Allgemeinbildung kann nicht häppchenweise erworben und nur mit eigenen Einfällen gestaltet werden. Weil Allgemeinbildung in kontrollierter Form niemand sonst besorgen kann, wird die Bedeutung der öffentlichen Schule und generell der Bildungsinstitutionen in dieser Hinsicht eher zunehmen, was auch dann gilt, wenn sie sich selbst medial stark aufrüsten.

Neue Medien werden der Schule angepasst, aber umgekehrt auch die Schule den Medien. Das Problem ist, wie weit das gehen soll und welche konkreten Vorteile die Digitalisierung mit sich bringt. Eine Frage ist ja, ob mit neuen Lerntechnologien die guten oder die weniger guten Seiten der Schule verstärkt werden. Die alte Idee des selbstbestimmten Lernens kann auch mit Scheinfreiheiten realisiert werden, die verdecken, wie stark und abstrakt das Lernen überwacht wird. Und das wäre dann gegenüber Rousseau und seinem Emile kein Fortschritt.

Literatur

Abrams, S.E.: Education and the Commercial Mindset. Cambridge, Mass./London: Harvard University Press 2016.

Aubry, C.: Schule zwischen Politik und Ökonomie. Finanzhaushalt und Mitspracherecht in Winterthur, 1789-1869. Zürich: Chronos Verlag 2015.

- Benneckenstein, H. : Ein deutsches Mädchen. Mein Leben in einer Neonazi-Familie. Stuttgart: Tropen (Klett Cotta) 2017.
- Brennan, J.: Against Democracy. Princeton, N.J.: Princeton University Press 2016.
- Breithaupt, F.: Ein Lehrer für mich allein. In: Die Zeit Nr. 5 vom 28. Januar 2016, S. 63/64.
- Bruner, J.: The Autobiographical Process. In: Current Sociology Vol. 43, No. 2 (September 1995), S. 161-177.
- Condorcet, M. de (1994): Cinq mémoires sur l'instruction publique. Ed. par Ch. Coutel/C. Kintzler. Paris: Garnier Flammarion 1994.
- Dewey, J.: The Middle Works 1899-1924, Vol. 9: Democracy and Education 1916. Ed. by J.A. Boydston; intr. by S. Hook. Carbondale/Edwardsville: Southern Illinois University Press 1985.
- Donath, J.S.: Identity and Deception in the Virtual Community. In: P. Kollock/M. Smith (Eds.): Communities in Cyberspace. London: Routledge 1998, S. 29-59.
- Feldman, D.: Unorthodox. Übers. v. Chr. Ruzicka. Siebte Auflage. Zürich: Seccession Verlag für Literatur 2016.
- Fuchs, M.: Lehrerinnen- und Lehrerperspektiven in der Helvetischen Republik. Bad Heilbrunn/Obb.: Verlag Julius Klinkhardt 2015. (= Studien zur Stapfer-Schulenquête von 1799).
- Geiss, M.: Der Pädagogenstaat. Behördenkommunikation und Organisationspraxis in der badischen Unterrichtsverwaltung, 1860-1912.** Bielefeld: transcript Verlag 2014.
- Habermas, J.: Der Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Neuwied/Berlin: Luchterhand Verlag 1962.
- Hersh, E.D.: Hacking the Electorate. How Campaigns Perceive Voters. Cambridge: Cambridge University Press 2015.
- Hui Kyong Chun, W.: Updating to Remain the Same. Habitual New Media. Cambridge MA: The MIT Press 2016.
- Inazu, J.: Confident Pluralism. Surviving and Thriving Through Deep Difference. Chicago/London: The University of Chicago Press 2016.
- Kreiss, D.: Prototype Politics. Technology-Intensive Campaigning and the Data of Democracy. Oxford: Oxford University Press 2016.
- Lynch, M.P.: The Internet of Us. Knowing More and Understanding Less in the Age of Big Data. New York/London: Liverlight Publishing 2016.
- Mearsheimer, J.: Why Leaders Lie: The Truth About Lying in International Politics. New York: Oxford University Press 2011.
- Nietzsche, F.: Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe in 15 Bänden. Hrsg.v. G. Colli/M. Montinari. Band 3. München, Berlin/New York: Deutscher Taschenbuch Verlag/Walter de Gruyter 1980.
- Parker, W.C.: Teaching Democracy. Unity and Diversity in Public Life. New York/London: Teachers College Press 2003.
- Putnam, H./Putnam, R. A. (1993): Education for Democracy. In: Educational Theory Vol. 43, No. 4 (Fall), S. 361-376.
- Russell Hochschild, A.: Strangers in Their Own Land. Anger and Mourning on the American Right. New York: The New Press 2016.
- Tanner, K.: Vaterländische Gedanken über die mögliche gute Auferziehung der Jugend in der helvetischen Demokratie. Zürich: s.l. 1787.
- Thierney, T.F.: The Public Sphere of Social Media. Connected Cultures of the Network Society. New York: Routledge 2013.
- Wajcman, J.: Pressed for Time: The Acceleration of Life in Digital Capitalism. Chicago/London: The University of Chicago Press 2015.

Wolin, S.: *Fugitive Democracy and other Essays*. Ed. by N. Xenos. Princeton, N.J.(Oxford: Princeton University Press 2016.